

Vorschläge nicht nur ernsthaft geprüft, sondern möglichst umgesetzt werden.

### Dazu gehören:

- weitere Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren (Polikliniken), anstatt die Entwicklung weitgehend dem Selbstlauf zu überlassen;
- Einsatz von finanziellen Mitteln des Freistaates bei der Ansiedlung junger Ärzte in unterversorgten Regionen, anstatt lediglich auf Gelder der Krankenkassen zu setzen;
- flächendeckender Einsatz von Gemeindeschwestern, anstatt lediglich Modellversuche zu starten;
- Abbau von bürokratischen Hemmnissen für die Berufsausübung von bereits in Sachsen lebenden Ärzten mit Migrationshintergrund, anstatt Ärzte aus Osteuropa abzuwerben und damit die medizinische Versorgung in diesen Ländern zu gefährden;
- Entlastung der Ärzte von überdimensioniertem Abrechnungs- und Berichtswesen, anstatt immer neue bürokratische Hürden aufzurichten;
- Angleichung der Honorare für Ärzte und Pflegekräfte an das westdeutsche Niveau, um weitere Abwanderung junger Ärzte zu verhindern, anstatt mit statistischen Tricks bereits weitgehende Honorarangleichung herbeizulügen;
- Stärkung von Krankenhäusern der öffentlichen Hand, anstatt deren Verkauf zu forcieren;
- Erhebung einer Ausbildungsabgabe für Arbeitgeber, die Absolventen sächsischer medizinischer Fakultäten für nichtärztliche Tätigkeiten einstellen, anstatt die Absolventenvermittlung weiterhin dem Selbstlauf zu überlassen.

# Ärztemangel - wie weiter?



Gegenwärtig fehlen in Sachsen schon rund 500 Ärzte im ambulanten Bereich; hinzu kommen noch etwa 200 in sächsischen Krankenhäusern.

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag,  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,  
Telefon: 0351 493-5800 - Telefax: 0351 493-5460,  
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de, www.linksfraktion-sachsen.de,  
V. i. S. d. P.: Marcel Braumann

*Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.*

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Tatsachen

Frau M., Rentnerin, wohnt in einem Ort weitab von einer Großstadt. Aufgrund verschiedener Beschwerden muss sie oft ihren Hausarzt konsultieren, mit dem sie sehr zufrieden ist. Leider wird ihr Hausarzt demnächst in den verdienten Ruhestand gehen, ohne dass die Praxis bislang einen Nachfolger hätte. Dass Frau M. große Sorge umtreibt, wie es weiter gehen wird, ist verständlich.

Herr K. schon über 70, klagt über abnehmende Sehkraft und ist sich unsicher, ob er überhaupt noch Auto fahren sollte. Der nächste Augenarzt

hat seine Praxis in der Kreisstadt. Eine telefonische Anfrage ergibt, dass der früheste Termin erst in neun Monaten möglich ist. Soll Herr K. sein Auto lieber so lange stehen lassen, bis er Gewissheit hat, ob er noch fahrtauglich ist?

Familie Sch. hat zwei kleine Kinder, die leider oft krank sind. Sie möchte die Kleinen gern einem Kinderarzt vorstellen. Endlich ist eine erfahrene Kinderärztin gefunden, die aber selbst bald in Rente gehen möchte. Von ihr erfährt die Familie, dass gar keine Kinderärzte mehr ausgebildet werden.

Frau L., eine begeisterte Freizeitsportlerin, klagt seit Monaten über unerträgliche Rückenschmerzen. Ihr Hausarzt vermutet einen Bandscheibenschaden und überweist sie zu einem Orthopäden, der aber seine Praxis in der relativ weit entfernten Großstadt hat. Ein Anruf löst fast einen Schock aus. Der nächstmögliche Termin: erst in fünf Monaten.



## Situation und Trends

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt davon, was viele Menschen in Sachsen, insbesondere in ländlichen Regionen, erleben können, wenn sie auf ärztliche Hilfe angewiesen sind. Nach neuesten Untersuchungen fehlen schon gegenwärtig in Sachsen rund 500 Ärzte im ambulanten Bereich; hinzu kommen noch etwa 200 in sächsischen Krankenhäusern.



Diese Situation ist nicht neu; und überraschend kommt sie auch nicht. Es war bereits vor 10 Jahren absehbar, dass Sachsen auf eine reale medizinische Unterversorgung hinsteuern würde. Als wir auf diese Gefahr im

Landtag hinwies, tat dies die Staatsregierung als Schwarzmalerei ab. Man führte vielmehr für ganz Deutschland geltende Versorgungskriterien ins Feld, die bis heute gelten, sich aber auf die Altersstruktur der Bevölkerung von vor fast 20 Jahren beziehen.

Danach gibt es bis heute keine Region in Sachsen, die medizinisch unterversorgt wäre. Betrug der Altersdurchschnitt der sächsischen Bevölkerung 1990 noch 39 Jahre, so ist Sachsen inzwischen mit 46 Jahren das Bundesland mit der ältesten Bevölkerung.

Wenn nicht radikal gegengesteuert wird, verschärft sich der Ärztemangel weiter. Gegenwärtig ist ein Drittel der sächsischen Ärzte älter als 60 Jahre. Es ist absehbar, wann diese Mediziner in den Ruhestand gehen, ohne dass in jedem Falle Jüngere ihren Platz einnehmen.



## Verantwortung der Staatsregierung

Viele Jahre lang hat die Staatsregierung die heraufziehende Gefahr des Ärztemangels völlig unterschätzt, als bereits hätte gehandelt werden müssen. Regelrecht stolz war man, endlich das DDR-Gesundheitssystem mit seiner Einheitskasse, mit einem Netz von staatlichen Polikliniken und Arztpraxen oder dem flächendeckenden Einsatz von Gemeindeschwestern zerschlagen zu haben.

Das westdeutsche Gesundheitssystem wurde in einer Radikalität auf Sachsen übertragen, wie wir es so kaum in einem anderen Bereich erlebten. Immer mehr bestimmten die Gesetze des Marktes das Gesundheitswesen. In nur wenigen Jahren überholte Sachsen alle westdeutschen Bundesländer beim Verkauf von Krankenhäusern.

Erst seit wenigen Jahren scheint die Staatsregierung langsam zu erwachen, weil der Ärztemangel mit all seinen Auswirkungen nicht mehr geleugnet werden kann. Das dabei angeschlagene Tempo gleicht jedoch dem einer Schnecke. Um die Ursachen des Ärztemangels zu erkennen, bedürfte es zunächst einer radikalen Analyse, auf deren Grundlage dann ohne Verzug gehandelt werden muss. Wenn eine Notstandssituation bei der medizinischen Versorgung droht, kann man sich eben nicht allein auf die Selbstheilungskräfte verlassen.

## VORSCHLÄGE der LINKEN

Auch wir haben keine Patentrezepte und können nicht versprechen, den Ärztemangel in wenigen Jahren überwinden zu können. Gerade vor dem Hintergrund, dass der gesundheitspolitische Kurs der sächsischen Landesregierung nicht zu den notwendigen Ergebnissen geführt hat, sollten unsere

